

1690/J

der Abgeordneten Öllinger, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten

betreffend drohende Reduktion von " EBIS "

1993 wurde im Auftrag des BMUK auf Grundlage des Arbeitsübereinkommens der Bundesregierung vom 17. Dezember 1990 der Verein " Erwachsenen Bildungs Informations Service" (EBIS) gegründet, wonach "der Ausbau von Informationssystemen über Weiterbildungsangebote (auf EDV-Basis) zu einem bundesweiten, flächendeckenden Angebot . . . zu fördern" sei.

EBIS hat laut Statut die Aufgabe, die Information der Bevölkerung über die Bildungsangebote der Erwachsenenbildung zu fördern. Erreicht werden soll dieses Ziel durch die Erhebung des Angebotes an Kursen, Lehrgängen und Veranstaltungen der Erwachsenenbildung, den Aufbau einer Datenbank und der Einrichtung eines Telefonkundendienstes. Derzeit sind bei EBIS 6 Angestellte beschäftigt, und der Verein verfügt über ein Budget von etwa 4 Millionen Schilling.

EBIS hat in den drei Jahren seines Bestehens eine überregionale, überinstitutionelle und umfassende Weiterbildungsdatenbank auf- und ausgebaut, die in Österreich einzigartig ist. Sie umfaßt bereits mehr als 24.000 aktuelle Bildungsmaßnahmen von 1300 Veranstaltern aus vier Bundesländern und erlaubt zielgerichtete und detaillierte Abfragen. Die Datenbank ist online zugänglich. EBIS legt Wert auf eine persönliche und fachgerechte Auskunft. Die gute Zugänglichkeit zur Information wird vor allem durch das Telefonservice und die langen Öffnungszeiten erreicht. Einmal pro Woche bietet EBIS auch Bildungsinformationen für MigrantInnen in türkischer, kroatischer, bosnischer und serbischer Sprache an. Dieses Service wird sehr gut angenommen, in Spitzenzeiten werden über hundert Anfragen pro Tag an EBIS gerichtet. Eine derartige Informationseinrichtung für die Angebote der Erwachsenenbildung ist eine bildungspolitische Notwendigkeit in Österreich, da sie erstmals einen Überblick über die vielfältigen Möglichkeiten der Weiterbildung und damit Transparenz im Erwachsenenbildungsbereich ermöglicht.

Deshalb ist es unverständlich, daß aus dem Ministerbüro und aus dem BMUKA sich die Hinweise verdichten, daß EBIS inzwischen offenbar unerwünscht ist, und daher seine Budgetmittel in einem Ausmaß reduziert werden sollen, die eine Weiterführung dieses Informationsservices - ganz abgesehen vom ursprünglich geplanten, bundesweiten Ausbau - ernsthaft gefährden. Durch eine derartige Vorgangsweise würde nicht nur eine dreijährige Aufbauarbeit zunichte gemacht, sondern es fehlt auch an einem geeigneten Ersatz für diese Einrichtung.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE :

- 1) Ist es richtig, daß vom Ministerium beabsichtigt wird, die Mittel für EBIS zu reduzieren und damit dessen Leistungsfähigkeit zu beeinträchtigen?
- 2) Wenn ja: Was sind die Gründe für die beabsichtigte Reduzierung der Mittel?
- 3) Wenn I ja: Ist es nicht ziemlich widersinnig , zunächst EBIS im Auftrag des BMUK zu gründen, um dann durch die Reduzierung der Mittel eine dreijährige Aufbauarbeit

zunichte zu machen?